

Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales –
öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 10.05.2022
Raum: Mensa der Grundschule Kleibrok, Zur-Windmühlenstraße 17,
26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:27 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann CDU für Sylke Heilker

Herr Michael Fierkens CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Dennis Eike SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Levent Süre SPD für Anne Brandt

Frau Sandra Peters B90/Grüne

Frau Birgit Rowold B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP für Christian Meyer-Hullmann

beratende Mitglieder

Herr Jann Aden Seniorenarbeit

Frau Nicole Härtel öffentliche Jugendhilfe

Verwaltung

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Frau Sabine Meyer

Frau Anke Wilken Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Herr Stefan Tölen Technik

Gäste

Herr Tim Kammer CDU

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

Herr Jens Schopp von der Nordwest Zeitung

sowie drei weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Sylke Heilker	CDU
Frau Anne Brandt	SPD
Herr Christian Meyer-Hullmann	FDP

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.01.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Situationsbericht Fachbereich Arbeit und Soziales
Vorlage: 2022/057
- 6 Anmeldesituation Kindertagesstätten
Vorlage: 2022/055
- 7 Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter
Vorlage: 2022/056
- 8 Änderung der Entgeltregelung für die Kindertagesstätten - Anpassung
Essensgeld
Vorlage: 2022/058
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Segebade eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Segebade stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.01.2022

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales vom 18.01.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Situationsbericht Fachbereich Arbeit und Soziales
Vorlage: 2022/057**

Sitzungsverlauf:

Herr Sundermann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, den Situationsbericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales vor, wobei er insbesondere über die Anzahl der neu aufzunehmenden Flüchtlinge, die Herkunftsländer der Flüchtlinge und die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften eingeht. Darüber hinaus legt er dar, dass in der aktuellen Ukraine-Krise eine große ehrenamtliche Hilfsbereitschaft unter anderem bei den Flüchtlingshelfern, den Wohnungspaten sowie den ehrenamtlichen Helfern der Speise- und Kleiderkammer besteht, um den ankommenden Flüchtlingen zu helfen. Zur Unterbringung der Flüchtlinge hat die Gemeinde Rastede derzeit rund 100 Wohnungen angemietet.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erklärt Herr Sundermann, dass durch die zum 1.6.2022 für die Ukraine-Flüchtlinge vorgesehene Leistungsumstellung vom AsylbLG in das SGB II keine Mehrkosten entstehen, jedoch die Bearbeitung im Einzelfall komplizierter wird.

Beschluss:

Der Situationsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Anmeldesituation Kindertagesstätten
Vorlage: 2022/055

Sitzungsverlauf:

Frau Meyer informiert anhand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) über die aktuelle Anmeldesituation bei den Kindertagesstätten und macht insbesondere auf die Veränderungen bei den Einschulungszahlen sowie die Auslastung in den Krippen, Kindergärten und Horten aufmerksam. Sie führt ferner aus, dass nach den aktuellen Erkenntnissen 13 Kinder im Hort Feldbreite nicht aufgenommen werden können sowie jeweils zwei Krippen- und Kitagruppen mittelfristig fehlen, sodass zeitnah Vorschläge für die Schaffung weiterer Plätze im Kindertagesstättenbereich erarbeitet werden sollten.

Frau Fisbeck zeigt sich überrascht über die starke Zuwanderung und betont, dass es in dieser Situation richtig ist, frühzeitig die Planungen aufzunehmen und in diesem Zusammenhang auch das Thema Rahmenplanung Mühlenstraße wieder aufzugreifen.

Frau Peters schließt sich den Ausführungen weitestgehend an, ergänzt jedoch, dass bei den anstehenden Planungen ein Passivhausstandard und eine hochwertige Ausstattung berücksichtigt werden sollten.

Herr Küpperbusch spricht sich ebenfalls dafür aus, schnellstmöglich zu handeln, um ausreichend wohnortnahe Betreuungsangebote für die Kinder vorhalten zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Salhofen erklärt Herr Henkel, dass bei den weiteren Überlegungen auch die Gesamtsituation im Bereich Mühlenstraße/Eichendorffstraße berücksichtigt wird und ergebnisoffen mögliche Standorte für eine größere oder gegebenenfalls zwei kleinere Kindertagesstätten betrachtet werden.

Beschlussempfehlung:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah Vorschläge für die Schaffung weiterer Plätze im Kindertagesstättenbereich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter
Vorlage: 2022/056**

Sitzungsverlauf:

Herr Sundermann stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3 der Niederschrift) die wesentlichen Unterschiede zwischen einer Ganztags-Grundschule nach dem Schulgesetz und einem Hort im Grundschulgebäude nach dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz dar. Er weist insbesondere darauf hin, dass bei einer Hort-Lösung zusätzlich zur Ganztags-Grundschule je Hortgruppe ein weiterer Raum, ab drei Gruppen ein weiterer Raum für die Hortleitung, ein Arbeitsraum für die Hortkräfte und ein Bewegungsraum erforderlich ist, sodass für eine komplette Hort-Lösung mindestens 26 zusätzliche Räume erforderlich wären und für alle Hort-Gruppen jeweils 80 Prozent der Personalkosten (zwei Betreuungskräfte pro Gruppe) übernommen werden müssten. Vor dem Hintergrund des enormen finanziellen Mehraufwandes bei einer Hort-Lösung kann aus Sicht der Verwaltung der künftige Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 aufsteigend aus heutiger Sicht nur über eine Ganztags-Grundschule erfüllt werden, sodass seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird, die weitergehenden Beratungen allein im Schulausschuss fortzusetzen.

Auf Nachfrage von Frau Peters erklärt Herr Sundermann, dass der Rat die Umwandlung einer Grundschule zur Ganztags-Grundschule zwar alleine beschließen kann, jedoch die Umsetzung und Konzepterstellung von der Schulleitung vorgenommen werden muss, sodass bislang eine Umwandlung nur im partnerschaftlichen Einvernehmen erfolgt ist.

Auf weitere Anfrage von Herrn Bohmann erläutert Herr Sundermann, dass eventuelle politische Auswirkungen der Landtagswahl nicht nur für die Förderschule von Relevanz sind, sondern auch für die Grundschulstandorte, da nach derzeitiger Rechtslage die Förderschule ab 2028 komplett leer steht und gegebenenfalls als Grundschulstandort genutzt werden könnte.

Herr Bohmann beantragt für die CDU-Fraktion im Nachgang zu seiner Frage, die Thematik Ganztagsbetreuung in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales und des Schulausschusses weiter zu erörtern, um sich die verschiedenen Optionen offen halten zu können.

Herr Salhofen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Antrages der Förderschule Voßbarg hinsichtlich der Erweiterung um den Förderschwerpunkt „emotional-soziale Entwicklung“ (ESE).

Herr Sundermann führt aus, dass das Regionale Landesamt für Schule und Bildung mitgeteilt hat, dass eine wie von der Schule angedachte gemeinsame Beschulung der Förderschwerpunkte „ESE“ und „Lernen“ nicht möglich ist, sodass für einen weiteren Förderschwerpunkt zusätzliche Räumlichkeiten benötigt werden, die auf dem Areal der Förderschule am Voßbarg allein aus Platzgründen nicht zu realisieren sind. Dessen ungeachtet müssten bei Einführung des Förderschwerpunktes ESE

Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Ammerland aufgenommen werden, wobei die Trägerschaft aus Sicht der Verwaltung beim Landkreis Ammerland liegen würde.

Herr Segebade weist darauf hin, dass diese Thematik sicherlich besser im Schulausschuss aufgehoben wäre und dahingehend dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt werden sollte.

Frau Peters gibt zu verstehen, dass zeitnah die weitere Beratung erfolgen sollte und es auch aus ihrer Sicht sinnvoll erscheint, eine gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales noch vor der Sommerpause zu terminieren, um nicht nur einseitig auf die Ganztags-Grundschule zu setzen, sondern auch die Option Hort vertiefend betrachten zu können.

Herr Küpperbusch begrüßt dieses Vorgehen ebenfalls ausdrücklich und erläutert, dass bislang noch kein Beschluss zugunsten der Ganztags-Grundschule gefasst wurde und es zum aktuellen Zeitpunkt sinnvoll erscheint, sich beide Optionen offen zu halten. Im Übrigen könnte es allein aufgrund der Ferienschlusszeiten an den Schulen notwendig sein, auch auf Horte zu setzen.

Herr Sundermann führt aus, dass die Horte in der Gemeinde Rastede aufgrund von Urlaubsansprüchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie fehlender Springkräfte auch Schließzeiten in den Ferien haben.

Herr Henkel weist darauf hin, dass eine gemeinsame Sitzung der besagten Ausschüsse sicherlich vor der Sommerpause möglich ist, jedoch seitens der Verwaltung im Hinblick auf mögliche Kosten aufgrund der derzeitigen Situation am Markt mit explodierenden Baukosten keine verlässlichen Zahlen geliefert werden können.

Herr Bohmann zeigt sich besorgt hinsichtlich einer von der Verwaltung angedachten möglichen Zusammenlegung von Grundschulstandorten und betont, dass die CDU-Fraktion vom Bürgermeister und der Mehrheitsgruppe ein klares Bekenntnis bezüglich eines dauerhaften Erhalts aller Grundschulstandorte erwartet.

Herr Henkel gibt zu verstehen, dass sich die Verwaltung in der Pflicht sieht, alle möglichen Alternativen und Lösungsmöglichkeiten der Politik zur Abwägung vorzustellen, auf deren Basis letztendlich eine sachgerechte Entscheidung von den politischen Gremien zu treffen ist.

Der Ausschussvorsitzende Herr Segebade lässt abschließend über den weitergehenden Antrag von Herrn Bohmann abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die weiteren Beratungen im Fachausschuss zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter erfolgen in einer umgehend zu terminierenden gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses und des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

**Änderung der Entgeltregelung für die Kindertagesstätten - Anpassung
Essensgeld
Vorlage: 2022/058**

Sitzungsverlauf:

Herr Sundermann erläutert kurz die Hintergründe der vorgesehenen Entgeltanpassung.

Auf Nachfrage von Herrn Eike erläutert Herr Sundermann, dass aufgrund der sehr geringen Anzahl an Anbietern keine Ausschreibung stattfindet und aktuell die Versorgung der Kindertagesstätten und Schulen von zwei Anbietern vorgenommen wird.

Beschlussempfehlung:

Die Entgelttrichtlinie für die kommunalen Kindergärten wird dahingehend geändert, dass mit Wirkung ab dem 01.08.2022 das monatliche Entgelt für das Essensgeld 70 Euro beträgt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Anfragen und Hinweise

Trauungen im Palais

Frau Fisbeck erkundigt sich, ob und inwieweit Trauungen im Palais auch über den Sommer hinaus stattfinden können.

Herr Sundermann legt dar, dass Trauungen im Palais auch weiterhin möglich sein werden, jedoch kleinere Einschränkungen durch den Austausch der Fenster im Sommer möglich sind. Ein entsprechender Hinweis wird seitens der Standesbeamten bei der Terminvergabe erfolgen.

Archiv – Auslagerung der Zoller-Exponate

Frau Fisbeck legt dar, dass seitens der Politik der Beschluss gefasst wurde, das Archiv in Rastede zu halten und nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen. Vor diesem Hintergrund hinterfragt sie, wann der Beschluss gefasst wurde, die Zoller-Exponate in das Landesmuseum auszulagern.

Hinweis: Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.06.2020 (Vorlage 2020/081A) die einstimmige Beschlussempfehlung des Kultur- und Sportausschusses vom 15.06.2020 zu TOP 5 einstimmig bestätigt. Ziffer II des Beschlusses lautet „Das im Nebengebäude des Palais vorhandene Gemeindearchiv wird dort nicht mehr untergebracht.“ In Ausführung dieses Beschlusses wurden die im Keller des Gemeindearchivs lagernden und aus einem größeren regionalen Bereich stammenden Scherbenfragmente aus der Sammlung Dr. Zoller leihweise dem Landesmuseum Natur und Mensch Oldenburg überlassen, um sie damit einem interessierten Publikum zugänglich zu machen. Der übrige Bestand aus der Sammlung Dr. Zoller befindet sich noch im Gemeindearchiv in Rastede.

Werbetafeln am Kreisverkehrsplatz Cäcilienring

Frau Icken erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Werbetafeln am Kreisverkehrsplatz, deren Standort hinsichtlich einer möglichen Gefährdung der schwächeren Verkehrsteilnehmer überprüft werden sollte.

Herr Henkel führt aus, dass der Landkreis die Baugenehmigung aus dem Jahr 2012 entziehen möchte, jedoch seitens der Verwaltung noch Diskussionsbedarf besteht, da der Bereich insgesamt gut einsehbar ist, die Fußgänger und Radfahrer im Kreisverkehr wartepflichtig sind und in vorliegenden Unfallstatistiken keine Hinweise auf eine Gefährdung vorliegen. Sofern neue Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung entsprechend informieren.

Tagesordnungspunkt 10

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 11

Schließung der Sitzung

Herr Segebade schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 18:27 Uhr.